

Polen

Gesellschaftlicher Umbruch – ökologischer Aufbruch?

Mit mehr Demokratie und Bürgerrechten wachsen in Polen, einem Land mit riesigen Umweltproblemen, auch das ökologische Bewußtsein und eine junge ökologische Bewegung. So jedenfalls die Eindrücke, die ich von einer Reise durch Polen mitgebracht habe.

Ende April 1989 hatte ich die Gelegenheit, die Umweltausstellung »Enviromes« bei der Internationalen Messe in Poznan (Posen) zu besuchen. Bei und am Rande dieser Veranstaltung boten sich interessante Einblicke in die polnischen Umweltschutzbestrebungen. Soviel vorweg: »Glasnost« ist spürbar.

Der polnische Minister für Umweltschutz und Bodenschätze, Dr. Jósef Koziol, sprach anläßlich der Eröffnung der Ausstellung freimütig von einem »unbefriedigenden Zustand der Umwelt in unserem Land«. Es entstünde aber zur Zeit »das richtige gesellschaftliche Klima und der Wille der Behörde, diese Versäumnisse nachzuholen«.

Auch die übrige Regierung des Ministerpräsidenten Rakowski scheint sich der schlimmen ökologischen Lage des Landes bewußt zu werden. Dafür spricht, daß sie den Umweltschutz als eine der drei Prioritäten der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik proklamiert. Wenn sie das auch wirklich ernst meint, hat sie einiges zu tun.

Dramatische Umweltschäden

Polen nimmt, was den Ausstoß von Schwefeldioxid betrifft, den zweiten Platz in Europa ein und steht auch hinsichtlich der Ostseeverschmutzung an vorderster Front. Die stark verschmutzten Flüsse und die direkten Abwassereinleitungen in die Ostsee lassen Polen den zweiten Rang bei der Ostseeverschmutzung mit organischen Verbindungen und Phosphor und bei der Verschmutzung mit Stickstoffverbindungen sogar den ersten Rang belegen.

Mit der heuer zum ersten Mal stattfindenden Fachausstellung »Enviromes« will Polen günstige Voraussetzungen für eine Intensivierung des internationalen Warenverkehrs im Bereich der Umweltschutztechnik schaffen. Die diesbezügliche inländische Produktion wird den Bedarf in absehbarer Zeit weder quantitativ noch qualitativ decken können, heißt es in einer Information der Internationalen Messe.

Umweltschutzmillionäre im sozialistischen Polen

Mittlerweile wird aber auch im wirtschaftsschwachen Polen erkannt, daß sich mit Umweltschutz Geld machen läßt. Geht man es »kapitalistisch« an, sogar

sehr viel. Der aus Polen stammende Engländer Stanley Adamski zeigt wie es geht. Vor vier Jahren kam er aus London zurück nach Warschau und investierte Geld in den Umweltschutzbereich. In der Zwischenzeit besitzt er bereits sechs florierende Firmen (mit dem Namen »rollstick«) und verdient sich mit dem Verkauf von Abwasserreinigungsanlagen und Luftreinhaltesystemen eine goldene Nase. Im Oktober 1988 gründete er die »Polnisch-Ausländische Ökologische Gesellschaft«, mit der er versucht, weitere Gelder (vor allem von im Ausland lebenden Polen) in das Land zurückzubringen. Der ehrgeizige Jungunternehmer versteht es jedenfalls, mit der Ökologie Geschäfte zu machen, was auch im Übertitel seiner Werbezeitschrift »Pol Eko« zum Ausdruck kommt. »East-West Ecology und Business« heißt es da. Das bringt ihm auch Kritik von verschiedensten polnischen Umweltschützern ein. Sie werfen ihm vor, nur »Business« mit der Ökologie zu machen und nur großtechnische Lösungen zu forcieren. Kleinere Alternativprojekte blieben dabei auf der Strecke.

Die Bürger werden aktiv

Der gesundheitsgefährdende Zustand von Boden, Wasser und Luft in vielen Gebieten Polens begünstigt natürlich unter den jetzigen demokratischeren Verhältnissen die Bildung von Umweltschutzgruppen. Nach der Aufhebung des Kriegsrechtes und den in Gang befindlichen gesellschaftlichen Umgestaltungen nutzen viele Menschen die neuen Freiheiten.

Allerorten sprießen Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen aus dem Boden. Und auch schon längere Zeit aktive Gruppen wie der »Polnische Ökologische Klub« und die »Solidarnosc« nutzen den frischen Wind für weitere Aktivitäten.

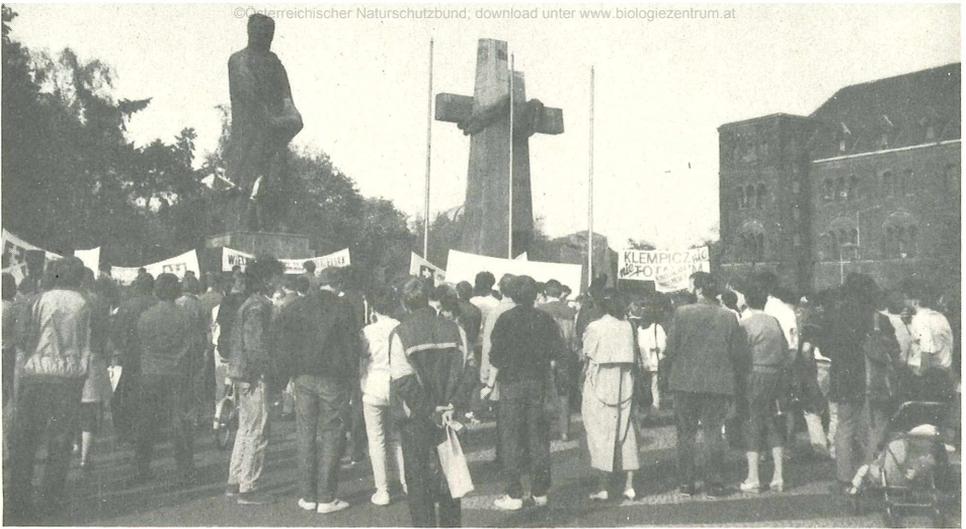
Sogar eine »Partei der Grünen« (Polska Partia Zielonych) – übrigens die erste im Ostblock – wurde im September 1988 gegründet. Deren Chefideologe Dr. Zygmunt Fura erzählt – mit großer Zuversicht auf die kommenden Wahlen –, daß die Partei schon 2.000 Mitglieder habe, und daß sie die gleichen Vorstellungen wie die Grünen im Westen vertrete. Das Programm sei »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei«. Es bestünden außerdem gute Kontakte zur Solidarnosc und zu anderen Gruppen.

Widerstand gegen Atomenergie

Das Regime läßt den Umweltschützern derzeit viel Freiraum. Konnte doch bei den jüngsten Verhandlungen mit der Opposition am runden Tisch zum Thema Ökologie großteils (in 27 Punkten) Einigkeit erzielt werden. Nur bei einem Punkt, dem Thema Atomenergie, blieben die Meinungen vorerst konträr.

Aber auch in dieser Hinsicht ist in Polen einiges in Bewegung. Widerstand gegen Atomenergie gibt es seit längerem; und auch schon erste Erfolge. So war der Protest der Bevölkerung gegen ein geplantes Atomüllager in Miedzyszec bei Poznan so groß, daß diesbezügliche Pläne vorerst aufgegeben wurden. Der geplante Bau des AKW Klempicz, im ausgedehnten und ziemlich unberührten Waldgebiet Puszcza Notecka, ca. 50 km nordwestlich von Poznan gelegen, stößt ebenfalls auf keinerlei Gegenliebe. Überall auf Straßen und Hauswänden der Stadt Poznan findet man Zeichen des Protestes, zum Beispiel die Aufschrift »Klempicz nie«.

Am 26. April 1989, dem 3. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe, fand im Zentrum Poznans auf dem Mickiewicza-Platz eine genehmigte Kundgebung gegen besagtes Atomkraftwerk statt. Im Gegensatz zu der mir gut bekannten Situation in



Kundgebung polnischer Natur- und Umweltschutzgruppen in Poznan gegen den Bau des AKW Klempicz.

Wackersdorf/BRD überraschte mich dabei das Fehlen demonstrativ-massiver Polizeipräsenz und der friedliche Verlauf der Demonstration. Die in den Nebenstraßen postierten Polizeieinheiten konnten »unverbraucht« wieder abziehen.

Tags darauf zeigte mir ein polnischer Freund den Bauplatz des umstrittenen AKW Klempicz. Betroffen und erzürnt erzählte er, daß die umgebenden Kiefernwälder derzeit noch ein beliebtes Ausflugsgebiet seien und daß sich darüber hinaus dort »sein« Pilzrevier befände. Seine Schwägerin, die in einer Lebensmitteluntersuchungsanstalt arbeite, rate ihm allerdings noch jetzt, drei Jahre nach Tschernobyl, vom Pilzgenuß ab. Und nun soll hier dieses AKW gebaut werden. Dann, meint er, könne man Ausflug und Pilzesammeln hier wohl völlig vergessen.

Ein mehrere Hektar großes Areal ist bereits gerodet, einige Baubaracken wurden aufgestellt, die Zufahrtsstraße wird gerade verbreitert, und gleich neben der Straße steht etwas unscheinbar ein Schild, »Baugelände – Betreten verboten«. Aber noch, so mein polnischer Freund, gebe es Hoffnung, weil der Widerstand ständig wachse. Das war am 27. April.

Zwei Tage später, am 29. April verkündete der polnische Wirtschaftsminister Mieczyslaw Wilczek wie aus heiterem Himmel, daß die Vorarbeiten für den Bau des AKW Klempicz mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.

Mit dieser Entscheidung hat Polen seine Ambitionen in Sachen Atomenergie ziemlich aufgegeben. Sogar bei Polens nunmehr einzigem in Bau befindlichen AKW in Zarnowiec bei Danzig ist es noch ungewiß, ob es jemals als Atomkraftwerk

in Betrieb gehen wird. Es soll zwar bis 1992 fertiggestellt sein, aber auch gegen diesen Bau gibt es massive Proteste. Schon 1988 haben 200 Wissenschaftler den Baustopp für das AKW Zarnowiec gefordert. Auch der angesehene polnische Vizepremierminister Irenieusz Sekuia ging etwas auf Distanz zur Atomenergie, als er erklärte, daß Zarnowiec schon heute – bevor es überhaupt ans Netz geht – technisch veraltet sei, und es in der UdSSR bereits modernere Reaktoren gebe.

Vielleicht wird aus dem AKW Zarnowiec – mit nachhaltigem Druck der Bevölkerung – doch etwas anderes als ein AKW, z.B. ein Gaskraftwerk. Noch ist es dazu nicht zu spät. Und dies wäre gewiß sinnvoller, denn das AKW Zarnowiec hat schon jetzt den Kosenamen »Zarnobyl«, hat man doch als Konsequenz des Unfalls von Tschernobyl vor ca. zwei Jahren eine Überprüfung des Baus durchgeführt und prompt etwa 70 Baumängel festgestellt.



Baugelände des AKW Klempicz am 27. April 1989: »Betreten verboten«. Zwei Tage später wurde der Bau eingestellt.

Brückner, W., Fellingner, P.,
Schwegelbauer, C.

Chlorierte Kohlenwasserstoffe als Lösungsmittel Anwendung, Gefahr, Substitution

Informationen zur Umweltpolitik, Nr. 57.
Institut für Wirtschaft und Umwelt des
Österr. Arbeiterkammertages.

In der jüngsten Nummer der »Informationen zur Umweltpolitik« wird die Rolle der chlorierten Kohlenwasserstoffe als Lösungsmittel unter die Lupe genommen.

In der vom Österreichischen Ökologie-Institut durchgeführten Studie wird ein kritisches Bild von der Rolle der CKW für Mit- und Umwelt gezeichnet. Die u.a. in Reinigungen (15%), vor allem aber in metallverarbeitenden Betrieben (70%) verwendeten leichtflüchtigen organischen Verbindungen durchdringen Wände, kontaminieren Nahrungsmittel und können damit in den menschlichen Organismus gelangen. Sie lagern sich im Fettgewebe ab und können Leber, Nieren, Milz sowie Nervensystem und Gehirn schädigen.

Von den 12.000 t jährlich in Österreich verbrauchten CKW werden lediglich 22% ordnungsgemäß entsorgt, 75% in die Luft, 3% gelangen ins Abwasser.

Das Ausstiegsszenario bei der Verwendung von chlorierten Kohlenwasserstoffen, das die Studie entwirft, (bis 1992 Reduktion um ein Drittel, bis 1994 um die Hälfte, bis 1999 vollständige Substitution) ist genauso wie die Durchführung niedriger, moderner Grenzwerte zur Zeit politisch noch nicht durchsetzbar.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1989

Band/Volume: [1989 3-4](#)

Autor(en)/Author(s): Augustin Hannes

Artikel/Article: [Polen; Gesellschaftlicher Umbruch - ökologischer Aufbruch? 124-127](#)